vinetur

Französische Bauerngewerkschaft fordert grundlegende Überarbeitung des Alkoholwerbegesetzes

Coordination Rurale zufolge stiegen die Kosten binnen fünf Jahren um 50 Prozent, während die Exporte in zehn Jahren um 20 Prozent zurückgingen.

Mittwoch, 7. Oktober 2026



Coordination Rurale, eine französische Bauerngewerkschaft, die unter anderem Weinbauern vertritt, forderte am Dienstag eine grundlegende Neuausrichtung der Weinbaupolitik. Der französische Weinbau stecke in einer tiefgreifenden Strukturkrise, die sich nicht allein durch das Roden von Reben, die Destillation überschüssiger Mengen und den Ausgleich von Verlusten bewältigen lasse.

In einer am 6. Oktober veröffentlichten Erklärung erklärte die Gewerkschaft, der französische Weinbau werde von steigenden Kosten, einer schwächeren Inlandsnachfrage, geringeren Exportmengen, strengeren Vorschriften und zunehmendem Druck beim Zugang zu Wasser getroffen. Sie forderte die Regierung auf, das Évin-Gesetz, das Alkoholwerbung in Frankreich einschränkt, neu zu fassen oder

sogar abzuschaffen. Außerdem verlangte sie niedrigere Arbeitskosten, weniger komplexe Vorschriften und einen schnelleren Ausbau von Wasserspeichern für Weinberge.

Die Erklärung skizziert eine politische und wirtschaftliche Agenda zu einem sensiblen Zeitpunkt für einen der wichtigsten Agrarsektoren Frankreichs. Das Land zählt weiterhin zu den größten Weinproduzenten der Welt. Änderungen bei den Vermarktungsregeln, den Lohnnebenkosten oder der Bewässerungspolitik könnten daher über die Weinberge hinaus Auswirkungen haben – auch auf Spirituosen und die gesamte Getränkewirtschaft, die auf französische Erzeugnisse, Marken und Exporte angewiesen ist.

Coordination Rurale bezeichnete die Lage als die schwerste Krise in der modernen Geschichte des französischen Weinbaus. Die Produktionskosten seien in den vergangenen fünf Jahren um 50 Prozent gestiegen. Der Inlandsverbrauch sei in den vergangenen 70 Jahren um 60 Prozent gesunken; für das kommende Jahrzehnt werde ein weiterer Rückgang um 15 Prozent erwartet. Zudem seien die Exportmengen in den vergangenen 10 Jahren um 20 Prozent zurückgegangen.

Als Beleg für den Druck auf die Branche verwies die Gewerkschaft auf das Ausmaß der Rodungen. 2023 seien 24.000 Hektar gerodet worden – eine Fläche, die sie mit der Größe des Weinbaugebiets Beaujolais verglich. Zudem seien für 2026 bereits Rodungsanträge für 27.926 Hektar eingereicht worden, verteilt auf 5.823 Anträge. Diese Zahlen zeigten, so die Gewerkschaft, einen Umstrukturierungsprozess, bei dem Rodungen allzu oft zur Standardantwort auf den Abschwung würden.

Im Mittelpunkt der Erklärung steht die Forderung, die Regeln für die Bewerbung von Wein in Frankreich zu ändern. Coordination Rurale erklärte, das Évin-Gesetz sei zu restriktiv geworden und hindere kleine Erzeuger daran, ihre Arbeit, ihr Terroir und ihr Know-how ohne rechtliches Risiko zu erläutern. Französischer Wein werde genauso behandelt wie industriell hergestellter Alkohol, argumentierte die Gewerkschaft. Das schwäche die Fähigkeit der Branche, ihren Platz in der französischen Kultur und im heimischen Absatzmarkt zu behaupten.

In diesem Zusammenhang stellte die Erklärung auch Wein und Spirituosen gemeinsam in den Fokus. Frankreich müsse herausragende Erzeugnisse wie Cognac und Armagnac selbstbewusster bewerben können, hieß es. Darüber hinaus forderte die Gewerkschaft, Schulen sollten stärker dazu beitragen, jüngeren Generationen das Wissen um das französische kulinarische und weinkulturelle Erbe zu vermitteln.

Neben den kulturellen Argumenten legte die Gewerkschaft ein detailliertes Wirtschaftsprogramm vor. Der Zugang zu Wasser sei für die Zukunft vieler Weinbauregionen zu einer Grundsatzfrage geworden. Sie forderte eine Überarbeitung des Wasserrechts, den Ausbau von Hangbecken und umfangreiche Infrastrukturarbeiten zur Verbindung von Wasserbecken. Die in diesem Jahr sichtbar gewordenen Schwierigkeiten zeigten, dass Bewässerung in vielen Gebieten keine Option mehr sei, sondern eine Notwendigkeit.

Coordination Rurale erklärte außerdem, die Weinbauern sähen sich mit einer wachsenden Zahl administrativer und umweltbezogener Anforderungen konfrontiert, die Kosten verursachten und Zeit kosteten. Als Beispiele nannte sie die elektronische Rechnungsstellung, digitalisierte Pflanzenschutzkalender, QR-Code-Pflichten, Vorgaben von Adelphe und neue Bedenken im Zusammenhang mit PFAS. Diese Regeln seien hinzugekommen, ohne ältere Vorschriften abzuschaffen. Die Gewerkschaft forderte eine umfassende Prüfung öffentlicher Einrichtungen wie INAO, ANSES und FranceAgriMer, um Überschneidungen zu beseitigen. Zudem schlug sie eine breitere Überprüfung der in den vergangenen 40 Jahren eingeführten Vorschriften vor, um deren konkrete Auswirkungen auf Produktion, Vermarktung und Absatz zu ermitteln.

Kein Wirkstoff, auch Kupfer nicht, dürfe verboten werden, solange keine praktikable Alternative verfügbar sei, erklärte die Gewerkschaft. Andernfalls drohten den Erzeugern agronomische Sackgassen. Zudem forderte sie die Abschaffung von ANSES, der französischen Behörde für Lebensmittelsicherheit und Umweltgesundheit, sowie ein stärker vereinheitlichtes europäisches Zulassungssystem für Pflanzenschutzmittel.

Beim Thema Arbeit verlangte Coordination Rurale die vollständige Abschaffung der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung auf Ebene des Mindestlohns. Die Entlastung solle bis zum 1,8-Fachen des Mindestlohns schrittweise

abnehmen. Außerdem forderte sie eine gerechtere Verteilung der Wertschöpfung mit Supermärkten und Restaurants sowie mehr Transparenz bei den Margen. Dazu gehöre die Offenlegung des Aufschlags am Ende der Lieferkette, insbesondere auf den Weinkarten von Restaurants.

Auch die Handelspolitik nahm in den Forderungen der Gewerkschaft breiten Raum ein. Coordination Rurale bekräftigte ihre Ablehnung des Handelsabkommens mit dem Mercosur sowie umfassenderer multilateraler Abkommen, die ihrer Ansicht nach die französische Landwirtschaft opfern. Frankreich solle die Kontrolle über die Handelsverhandlungen zurückgewinnen und bilaterale, auf Branchenebene ausgehandelte Abkommen bevorzugen.

Die Gruppe äußerte sich auch besorgt über ein Landinvestitionsprojekt, das 30.000 Hektar in Bordeaux umfasst. Es könne eine Antwort auf das Problem gerodeter Rebflächen sein, warnte die Gewerkschaft, je nach Ausgestaltung des Vorhabens bestehe jedoch die Gefahr umweltpolitischer Fehlentwicklungen. Sie werde das Projekt genau beobachten und betonte, landwirtschaftliche Vorhaben dürften die Produktionsfreiheit in den Regionen nicht beeinträchtigen.

Einige der Vorschläge in der Erklärung reichen weit über die wirtschaftliche Lage des Weinbaus hinaus und dürften auf erheblichen politischen Widerstand stoßen – insbesondere die mögliche Abschaffung des Évin-Gesetzes oder die Auflösung von Gesundheits- und Regulierungsbehörden. Dennoch verdeutlicht der Vorstoß der Gewerkschaft, wie breit der Druck auf die französischen Weinproduzenten ist: von der schwachen Nachfrage und den Exportproblemen bis hin zu Klimabelastungen und Regulierungskosten.

Die Erklärung kündigte keine unmittelbaren Maßnahmen der Regierung an; eine Stellungnahme der französischen Behörden war der Veröffentlichung der Gewerkschaft nicht beigefügt. Die Forderungen rücken die Weinpolitik jedoch in den Mittelpunkt einer breiteren Debatte darüber, wie Frankreich Regeln zum Schutz der öffentlichen Gesundheit, Umweltvorschriften, Wassermanagement, Handelspolitik und die Wettbewerbsfähigkeit eines für die Agrar- und Getränkewirtschaft des Landes weiterhin zentralen Sektors miteinander in Einklang bringt.